

Dem Frieden eine Chance - Gewalt ist die letzte Zuflucht der Unfähigen

Erklärung des Leitungsteams von pax christi im Bistum Essen zur israelischen Offensive im Gazastreifen

Das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen verfolgen wir seit seinem Beginn mit wachsendem Entsetzen. Nach dem Luftkrieg mit seinen verheerenden Folgen ist Israel nun auch zur Bodenoffensive übergegangen. Trotz aller internationalen Warnungen behauptet die israelische Regierung, keine andere Wahl gehabt zu haben. Auch einen Waffenstillstand lehnt sie nach wie vor ab. Dieses halten nicht nur wir für falsch, denn der Krieg hat bereits zu einer humanitären Katastrophe in diesem dichtbesiedelten Gebiet geführt. Die Menschen im Gazastreifen können nicht flüchten, können sich nicht in Sicherheit bringen. Von einer sich dramatisch verschlechternden, katastrophalen Versorgungssituation der Bevölkerung berichten die internationale Hilfsorganisationen.

Keinesfalls wird die Sicherheit Israels durch diesen Krieg gefördert, sondern nur noch weiter gefährdet. Angeheizt wird nur die Eskalation der Gewalt und neue Radikalität auf beiden Seiten produziert.

Wir kritisieren den wiederholten Raketenbeschuss vom Gazastreifen aus, der das Leben der Menschen im Süden Israels bedroht und diese, vor allem die Kinder, traumatisiert, und fordern die Hamas zur bedingungslosen Einstellung auf.

Vollkommen unverhältnismäßig und eine schwere Verletzung des Völkerrechts ist der Krieg, den die israelische Armee jetzt gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen führt. Das Leben dort war bereits vor Beginn der Angriffe durch eine jahrelange Abriegelung praktisch zum Erliegen gekommen. In diesem dichtbevölkerten Gebiet kann kein Luftangriff, kein Artilleriefeuer die vom humanitären Völkerrecht geforderte Unterscheidung zwischen geschützten Zivilisten und legitimen Kampfgegnern sicherstellen. Es waren die israelischen „Ärzte für Menschenrechte“, die ausdrücklich darauf hingewiesen haben, „dass das Zielen auf Zivilisten und medizinische Einrichtungen gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt“.

In der Öffentlichkeit und in der Berichterstattung wird leicht vergessen oder unterschlagen, dass es nicht die Hamas war, die die am 19. Juni 2008 vereinbarte Waffenruhe gebrochen hat. Haaretz, eine israelische Tageszeitung, berichtete, dass es die israelische Armee war, die am 4.11.2008 mit einem Angriff die Waffenruhe brach, um einen Tunnel zu sprengen. Gemäß Haaretz hat diese Aktion im Gazastreifen erst zur Eskalation geführt und wurde von der Hamas mit einem Hagel von Raketen beantwortet.

Der Krieg gegen die Menschen im Gazastreifen war ein von langer Hand vorbereiteter Angriff. Er ist keine spontane Reaktion auf die Raketen der Hamas. Es geht um die Vernichtung der Hamas und nicht um Notwehr oder Selbstverteidigung. Dies hat in aller Öffentlichkeit der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak selbst vorgetragen.

Wir kritisieren die völlig einseitigen Schuldzuweisungen wegen des Kassambeschusses an die palästinensische Seite durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Es ist unglaublich und skandalös, wenn nach mehr als 40 Jahren Besatzung, dem Ausbau von Siedlungen im Westjordanland, dem Anstieg der Zahl der Siedler in Ostjerusalem und der Westbank auf fast eine halbe Million Menschen, dem völkerrechtswidrigen Mauerbau auf palästinensischem Gebiet und dem Raub von mehr als 550 Quadratkilometern palästinensischen

Landes, dem Aushungern von 1,4 Millionen Menschen im Gazastreifen und der Blockade überlebenswichtiger Hilfsgüter deutsche Spitzenpolitiker so agieren.

Wir kritisieren die doppelten Standards in der Argumentation von Steinmeier, der militärische Gewalt der israelischen Seite als Recht auf Selbstverteidigung einstuft und die Gewalt der um Freiheit ringenden Palästinenser dagegen verurteilt. Wir sind entsetzt, wenn er für israelische Militärschläge gegen die Menschen in Gaza Verständnis zeigt.

Militärisch ist der Konflikt nicht zu lösen. Nicht nur der Raketenbeschuss der Hamas auf israelisches Gebiet muss aufhören, auch Israel muss seine Bombardierungen und seine Bodenoffensive einstellen. Notwendig ist ein sofortiger Waffenstillstand. Ebenso notwendig und unerlässlich ist die Einbeziehung der demokratisch gewählten Hamas in die Verhandlungen, wenn es zu einer dauerhaften und tragfähigen Friedenslösung kommen soll.

Israel hat Anspruch auf unsere besondere Aufmerksamkeit, Zuwendung und freundschaftliche Kritik. Wir haben Mitverantwortung für die Existenz Israels, die, nachdem die Geschichte nun einmal diesen Gang genommen hat, ohne Abstriche für alle Zukunft zu sichern ist. Genau so haben wir aber auch eine Mitverantwortung für die Lebensbedingungen und eine selbstbestimmte Zukunft des palästinensischen Volkes.

Wir fordern die israelische Regierung auf, die Bombardierungen und die Bodenoffensive im Gazastreifen sofort und bedingungslos einzustellen. Wir fordern von der palästinensischen Seite, den Beschuss des israelischen Territoriums mit Raketen sofort und bedingungslos einzustellen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, gegenüber Israel, gegenüber den Palästinensern, in der EU, im Nahost-Quartett und in den USA ihren Einfluss geltend zu machen, um ein schnellstmögliches Ende der Gewalt von beiden Seiten zu erreichen und darüber hinaus den berechtigten Forderungen des palästinensischen Volkes Geltung zu verschaffen.

Wir trauern um alle Toten dieses Konflikts. Krieg und Gewalt können Konflikte nicht lösen. Gewalt ist immer nur die letzte Zuflucht der Unfähigen.

Essen, 08.01.2009